



Medienkommentar

Die Corona-Maßnahmen (in der Schweiz) sind nicht gerechtfertigt! (Online-Petition)



Die vom Schweizer Bundesrat im März 2020 erlassenen Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus sind umstritten und werden von verschiedenen Ärzten und Epidemiologen infrage gestellt. Derzeit läuft in der Schweiz eine Online-Petition mit der Forderung, die vom Bund verordneten Maßnahmen kritisch und unabhängig von Lobbyinteressen überprüfen zu lassen. Wichtigstes Kriterium dabei ist die menschliche Tragweite wie Arbeitslosigkeit, Konkurse und Verschuldungen vieler Unternehmen. Die Petition läuft noch bis zum 4. Mai 2020.

Am 16. März 2020 hat der Schweizer Bundesrat die „außerordentliche Lage“ erklärt: Es gelten verschärfte Maßnahmen, um die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen. Z.B. sollen Non-Food-Läden, Restaurants, Bars, Unterhaltungs- und Freizeitbetriebe sowie Schulen geschlossen bleiben. Öffentliche und private Veranstaltungen wurden verboten. Am 16. April hat der Bundesrat die etappenweise Lockerung der Maßnahmen beschlossen.

Doch die vom Bundesrat erlassenen Maßnahmen sind alles andere als unumstritten. Von verschiedenen Ärzten, Epidemiologen und anderen Fachstimmen werden diese infrage gestellt, wie Kla.TV in mehreren Sendungen aufzeigte (www.kla.tv/coronavirus). In der Schweiz läuft derzeit eine Online-Petition, die sich direkt an das Eidgenössische Parlament wendet: Die vom Bund verordneten Maßnahmen sollen kritisch und unabhängig von Lobbyinteressen überprüft werden. Als wichtigstes Kriterium soll die menschliche Tragweite dieser Maßnahmen berücksichtigt werden. Die Maßnahmen des Bundes führen bereits jetzt zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit, der Privatkonkurse und zu einer unnötigen Verschuldung vieler Unternehmungen.

Hören Sie nun im Folgenden die Forderungen und Begründung der Petition, die bis am 4. Mai 2020 unterschrieben werden kann, im Wortlaut:

Online-Petition: Die Corona-Maßnahmen (in der Schweiz) sind nicht gerechtfertigt! Die vom Bundesrat verordneten Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus in der Schweiz sind weder juristisch, wirtschaftlich, wissenschaftlich, geschweige denn menschlich gerechtfertigt und müssen sofort zurückgefahren und eingestellt werden.

Die Medien sind aufgerufen mit der Verbreitung von Panik, welche zu einer starken Verschlimmerung der Situation führt, per sofort aufzuhören und eine ausgewogene Berichterstattung durchzuführen. Beispielsweise sollten der hohen Anzahl an Corona-Todesfällen in Italien die entsprechenden statistischen Erklärungen gegenübergestellt werden, wie dies in der größten medizinischen Fachzeitschrift der Welt, dem „Journal of the American Medical Association“ am 23. März 2020 getan wurde. Die Wissenschaftler erläutern, dass die hohe Mortalität in Italien insbesondere auf die Überalterung der

Bevölkerung, die Art und Weise der Datenauswertung sowie das Vorgehen beim Testen zustande gekommen sei.(1)

Begründung der Petition

Die Maßnahmen treffen die Menschen in der Schweiz und die Wirtschaft so gravierend, dass sie nach Art. 36 der Bundesverfassung nicht gerechtfertigt oder angemessen sind, auch stellen sie nicht die mildeste Maßnahme dar. Gemäß einem Artikel der Handelszeitung (2), verursachen die vom Bund getroffenen Maßnahmen allein bei Detailhändlern eine Umsatzeinbuße von CHF 39 Millionen pro Tag.

Der Bundesrat hat über das Epidemiegesezt (EpG) und die Auslegung des Art. 36 BV eine überaus große Macht erhalten, welche es nicht möglich macht, auf juristischem Wege die eingeleiteten Maßnahmen gegen das Coronavirus durch ein Gericht überprüfen zu lassen. Das Bundesverwaltungsgericht hat eine entsprechende Verwaltungsbeschwerde bereits abgelehnt.

Der Schweizer Bevölkerung steht somit nur noch der Weg offen, sich direkt an das Eidgenössische Parlament zu wenden, in der Hoffnung, dass dieses die vom Bund verordneten Maßnahmen kritisch und unabhängig von Lobbyinteressen überprüft und in erster Linie und als wichtigstes Kriterium die menschliche Tragweite dieser Maßnahmen in eine Entscheidung mit einbezieht. Bereits jetzt steht fest, dass die Maßnahmen des Bundes zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit, der Privatkonkurse und zu einer unnötigen Verschuldung vieler Unternehmungen führen wird, die trotz gutem Wirtschaften plötzlich auf Kredite angewiesen sind, um einen Konkurs abwenden bzw. aufschieben zu können. Die Nationalrätin Jacqueline Badran nannte das Notpaket des Bundes einen „Aufruf zur Massenverschuldung“. Weiter führte sie aus, dass sie bereits tausende E-Mails von Kleinunternehmern erhalten habe, die trotz den angekündigten Hilfemaßnahmen des Bundes um ihre Existenz bangen.(3)

Das Parlament wird angehalten, die Auslegung des Artikels 36 der Bundesverfassung zu spezifizieren, damit eine Wiederholung von dermaßen einschneidenden Maßnahmen nicht mehr so einfach und aufgrund von fraglichen Fakten geschehen kann. Denn aufgrund der Verordnung und der damit gefährdeten, natürlichen Durchseuchung der Bevölkerung, welche seit Jahrtausenden stattfindet – ist mit einer neuen Infektionswelle im Herbst 2020 zu rechnen. Das Parlament wird gebeten, die statistische Mortalität mit den Vorjahren zu vergleichen und zu prüfen, ob diese tatsächlich eine „Außerordentliche Lage“ gem. Epidemiegesezt (EpG) rechtfertigt. Gemäß admin.ch (4) ist die außerordentliche Lage für „Worst Case Pandemien“ vorgesehen, wie beispielsweise die Spanische Grippe im Jahr 1918, die 25.000 Todesopfer forderte und die innere Sicherheit der Schweiz gefährdete. Als Vergleich dazu starben hierzulande im Frühjahr 2015 ca. 2.500 Menschen mehr an grippalen Infekten als üblich (5) und bislang starben laut BAG (Stand 29. März 2020) rund 257 Menschen am Coronavirus.(6)

Die vom Bund verordneten Maßnahmen wirken aufgrund dieser Vergleiche völlig übertrieben und gefährden nebst der geistigen Gesundheit der Bevölkerung auch in erheblichem Ausmaß die Volkswirtschaft und sind daher so schnell wie möglich zu beenden.

Ab dem 4. Mai tagt das Parlament zu einer außerordentlichen Session, um die Coronaproblematik zu besprechen. Bis dahin sollten so viele Schweizer/-innen wie möglich diese Petition unterschreiben, um dem Parlament klar aufzuzeigen, dass ein wesentlicher

Anteil des Schweizer Volkes die Maßnahmen des Bundes als übertrieben betrachtet und deren sofortige Beendigung wünscht.

Bitte verbreiten Sie diese Petition so stark wie möglich, damit so viele Menschen wie möglich sich Gedanken dazu machen können.

Es gibt sehr viele Stimmen aus Politik, Wirtschaft und Jurisprudenz, welche die behördlichen Maßnahmen, international gesehen, als unverhältnismäßig ansehen und dazu auch öffentlich Stellung genommen haben. Diese Stimmen werden bisher von Bundesrat und von den Behörden des BAG ignoriert.

Das Parlament soll mit dieser Petition deshalb aufgefordert werden, diese kritischen Stimmen in ihre Überlegungen einbeziehen zu müssen. Denn nur wer beide Seiten kennt, kann sich auch ein komplettes Bild machen und eine wohlüberlegte Entscheidung von dieser Tragweite für die ganze Nation treffen.

Im Weiteren sollen die Massenmedien sofort dazu übergehen, sachlicher und wesentlich weniger emotionell über die Corona-Situation zu berichten. Angst und der dadurch verursachte Stress ist nachweislich schlecht für das Immunsystem und eine der größten Krankheitsfaktoren!

Informationen zu den Hintergründen finden Sie hier: <https://www.impfentscheid.ch/corona-und-das-rund-herum?v=1ee0bf89c5d1>. Diese Seite wird laufend ergänzt.

Besten Dank für Ihre Unterstützung, bleiben Sie gesund und viel Kraft für diese sicher nicht einfache Zeit. Herzliche Grüße Netzwerk Impfentscheid.

Hier geht es zur Online-Petition für die Schweiz:

<https://www.openpetition.eu/ch/petition/online/die-corona-massnahmen-in-der-schweiz-sind-nicht-gerechtfertigt>

Hier geht es zur Online-Petition für Deutschland:

<https://www.openpetition.de/petition/online/sofortige-aufhebung-aller-in-der-corona-krise-verfuegten-einschraenkungen-buergerlicher-freiheiten>

von dd.

Quellen:

<https://www.srf.ch/news/schweiz/alle-schritte-aus-dem-lockdown-so-sieht-der-fahrplan-des-bundesrates-aus>

<https://www.openpetition.eu/ch/petition/online/die-corona-massnahmen-in-der-schweiz-sind-nicht-gerechtfertigt>

<https://impfentscheid.ch/wp-content/uploads/online-petition-text-komplett.pdf>

(1) – Journal of the American Medical Association:

<https://jamanetwork.com/journals/jama/fullarticle/2763667> (Berichterstattung auf Deutsch: <https://science.orf.at/stories/3200422/>)

(2) Handelszeitung: <https://www.handelszeitung.ch/unternehmen/die-mall-misere-jeden-tag-gehen-39-umsatzmillionen-bachab>

(3) Handelszeitung: <https://www.handelszeitung.ch/politik/dies-ist-ein-aufruf-zur->

[massenverschuldung](#)

(4) Admin.ch: <https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/60477.pdf>

(5) Bundesamt für Statistik, Grippetote 2015
<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kataloge-datenbanken/medienmitteilungen.assetdetail.3742835.html>

(6) Bundesamt für Gesundheit, 29.März 2020 – wird regelmässig aktualisiert
<https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/krankheiten/ausbrueche-epidemien-pandemien/aktuelle-ausbrueche-epidemien/novel-cov/situation-schweiz-und-international.html>

Das könnte Sie auch interessieren:

#BundesratCH - Der Schweizer Bundesrat und seine Doppelmoral ... -
www.kla.tv/BundesratCH

#Schweiz - www.kla.tv/Schweiz

#Medienkommentar - www.kla.tv/Medienkommentare

#Coronavirus - www.kla.tv/Coronavirus

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.